

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)



Kirche.Klima.Kapitalismus

- | | |
|---|--------------------------------|
| Editorial: Ein Klima der Gerechtigkeit schaffen | Julia Lis, Christoph Rinneberg |
| 1. Der linke Green New Deal als konkrete Utopie | Bernd Riexinger |
| 2. Der kapitale Klimawandel | Christoph Rinneberg |
| 3. Kirche.Klima.Kapitalismus. Warum der Einsatz für die Schöpfung mit der Gottesfrage zu tun hat | Julia Lis |
| 4. Kreuz gegen Bagger. Christlicher Widerstand am Tagebau Garzweiler: gegen die Zerstörung der Dörfer und des globalen Klimas | Benedikt Kern |
| 5. BUCHBESPRECHUNGEN | |
| Warum das Klima im Kapitalismus nicht gerettet werden kann | Benedikt Kern |
| Ein päpstliches Plädoyer zur Überwindung einer kranken Ökonomie des Todes | Franz Segbers |
| 6. Aus den Lebenserinnerungen von Pfr. Willi Göttert (1911-2008) | |

Editorial: Ein Klima der Gerechtigkeit schaffen

Die Proteste der Klimabewegung in den vergangenen Jahren, aber auch das unaufhaltsame Fortschreiten der Klimaerwärmung haben die Frage nach der Zerstörung der Welt, die der Kapitalismus durch seine Produktionsweise hervorbringt, neu in die öffentliche Aufmerksamkeit gebracht. Junge Menschen in vielen Teilen der Welt haben sich an der Klimafrage politisiert, sich der „Fridays-for-Future-Bewegung“ angeschlossen, sind auf die Straßen und Plätze der Städte gegangen, um für eine Zukunft zu demonstrieren, für einen gesellschaftlichen und politischen Wandel, der verhindert, dass die Dinge weiter ihren zerstörerischen Gang nehmen und die Verwüstung des Planeten mit allen Folgen, die sie auch für das soziale Leben der Menschen hat, weiter voranschreitet. Sie haben dafür auch die Form des Schulstreiks gewählt und haben dadurch für eine Unterbrechung gesorgt, die deutlich gemacht hat: So können und wollen wir nicht weitermachen! Wir wollen nicht ausgebildet und vorbereitet werden für eine Welt, die für immer weniger Menschen bewohnbar sein wird, in der sich das Leben einiger auf Kosten der Vielen abspielt, in der die Natur und Lebensräume der Menschen als Objekte der Ausbeutung behandelt und gnadenlosen Verwertungs- und Profitinteressen unterworfen werden. Der Protest der SchülerInnen hat auch viele Ältere herausgefordert sich anzuschließen. Sie haben verstanden, dass eine Alternative zu der herrschenden Form kapitalistischer Globalisierung notwendig ist und dass sie aber nur möglich wird, wenn viele Menschen gemeinsam ihre Resignation überwinden und dagegen aufstehen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir in den letzten Jahren große Mobilisierungen und auch einige Erfolge der Klimabewegung erlebt. Erwähnt sei hier nur der Hambacher Forst im Rheinischen Braunkohlerevier, ein von AktivistInnen besetzter Wald, der 2018 nach dem Willen der Landesregierung und des Energiekonzerns RWE endgültig abgeholzt werden sollte. Die Besetzung des Waldes, der Mut der Menschen, die bereit waren sich der Polizei und RWE mit ihren eigenen Körpern in den Weg zu stellen und

die in diesem Wald neue Formen der Gemeinschaft jenseits der kapitalistischen Prinzipien von Leistung und Konkurrenz erprobt haben, hat viele andere inspiriert. „Hambi bleibt!“ wurde zum Schlagwort einer Bewegung, die sich entschlossen hatte, der Zerstörung der Natur und dem Ausbau des Braunkohletagebaus etwas entgegenzusetzen und dazu auch auf Formen des Zivilen Ungehorsams zurückgegriffen hat: WaldbesetzerInnen, ältere Menschen aus den umgebenden Dörfern, aus Nah und Fern angereiste AktivistInnen und Familien mit Kindern bauten gemeinsamen an Barrikaden, um den Wald zu schützen.

Die Corona-Pandemie hat die Klimabewegung wie viele Soziale Bewegungen geschwächt. Zum Verschwinden gebracht, hat sie sie freilich nicht. Die Frage nach der Entstehung und Ausbreitung von Pandemien in einer kapitalistisch-globalisierten Welt hat die ökologische Frage einmal mehr, als Frage dessen, wie wir auf diesem Planeten leben wollen: Streben wir auf eine Zukunft zu, in der wir voneinander abgeschottet leben? In einem ständigen Konkurrenzkampf um immer knapper werdende Ressourcen sind? Uns permanent bemühen müssen Wohlstand auf Kosten anderer zu erlangen und zu sichern? Oder wird es uns gelingen eine alternative Form der Vergesellschaftung zu finden? Eine Vergesellschaftung, in der unsere Bedürfnisse und nicht das Streben nach Gewinn bestimmen wie und welche Güter produziert werden und wie wir unserer Leben reproduzieren wollen? „System change not climate change“ lautet der entsprechende Slogan der Klimabewegung, der deutlich macht, dass es nicht mit ein paar nachhaltigeren Produkten getan ist, sondern dass die kapitalistische Produktionsweise selbst mit ihrem Wachstumszwang und ihrer Verwertungslogik keine befriedigende Antwort auf die ökologische Krise bieten kann. So eine Antwort kann nur in Produktions- und Lebensweisen jenseits der kapitalistischen Vergesellschaftung liegen.

Immer mehr ChristInnen haben inzwischen erkannt, dass wenn sie an dem biblischen Anspruch der Gerechtigkeit festhalten wollen,

wenn sie die Schöpfung als gut und bewahrenswert begreifen, sie auch an einem Engagement in der Klimafrage nicht vorbeikommen. Was die Perspektiven, Möglichkeiten und prophetischen Dimensionen eines solchen Engagements sind, damit möchte sich das folgende Heft beschäftigen.

Der Beitrag von Christoph Rinneberg präsentiert eindrucksvoll naturwissenschaftliche Fakten zum Klimawandel und zeigt das Versagen der politischen Institutionen angesichts der Klimakatastrophe auf und die sich dagegen auflehrenden Aufbrüche der Bewegungen, die sich gegen die den Kapitalismus stützenden Institutionen wenden. Bernd Riedinger beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern ein linker Green New Deal Investitionen in soziale Infrastruktur und einen Wandel in Richtung Klimaneutralität ermöglichen könnte als einer konkreten linken Utopie. Julia Lis fragt in ihrem Beitrag danach, inwiefern der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Klimakatastrophe eine Herausforderung für die christliche Rede von einem Gott darstellt, der allen Menschen gutes Leben verheißt. Dem konkreten Engagement von ChristInnen im Rheinischen

Braunkohlerevier im Rahmen der Initiative „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ und den Impulsen, die sich daraus für eine christliche Spiritualität ergeben ist der Beitrag von Benedikt Kern aus dem Institut für Theologie und Politik (ITP) in Münster gewidmet.

Besprechungen des neuen Buches von Papst Franziskus „Wage zu träumen“ durch Franz Segbers, der Neuerscheinung des ökosozialistischen Autors Ian Angus „Im Angesicht des Antropozäns“ durch Benedikt Kern und der Hinweis auf eine neue Publikation von Christoph Rinneberg und Dietrich Weller „betrifft:Dich! Von den Versuchungen der Mächtigen und der Verführbarkeit der Ohnmächtigen“ sowie ein Auszug aus den Lebenserinnerungen des Pfarrers der Bekennenden Kirche Willi Göttert runden diese Heftausgabe ab.

Allen LeserInnen wünschen wir eine gute, inspirierende Lektüre, die zum Engagement für ein Klima der Gerechtigkeit ermutigt!

*Julia Lis und Christoph Rinneberg
für die Redaktion*

1. Der linke Green New Deal als konkrete Utopie

Bernd Riedinger



Es ist höchste Zeit, die Ära der Privatisierung öffentlichen Eigentums und Sparpolitik zu beenden. Die soziale Infrastruktur muss statt am privaten Profit am Gemeinwohl ausgerichtet werden.

Gegenwärtig erleben wir, dass gewaltige Investitionsprogramme zur Wiederbelebung der unter anderem wegen Corona am Boden

liegenden Weltwirtschaft mobilisiert werden. Es liegt an uns und an den politischen Kräfteverhältnissen, ob es zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung über den Einsatz und die Verwendung dieser Gelder kommt. Werden sie zur Wiederbelebung eines ohnehin in Dauer- und Mehrfachkrisen verstrickten Wirtschafts- und Lebensmodells fehlinvestiert? Oder gibt es eine grundlegende Richtungsänderung? Eine Mehrheit der Bevölkerung ist für mehr Investitionen, für Krankenhäuser in öffentlicher Hand und für die bessere Bezahlung sozialer Arbeit.

Mit dem linken Green New Deal ist ein Vorschlag für ein Jahrzehnt der Investitionen in die soziale Infrastruktur und in eine klimaneutrale Wirtschaft. Er ist ein Plan für ein neues soziales und ökologisches Wohl-

standsmodell, das die Bedürfnisse der Menschen, das Gemeinwohl und neue Gemeingüter ("Commons") in den Mittelpunkt stellt. Um den weitreichenden sozialen und ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur schnell genug einzuleiten und entschlossen voranzutreiben, sind allein in Deutschland Investitionen von mindestens 1,5 bis 2 Billionen Euro über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren notwendig. Daher fordern wir, jährlich mindestens 130 Milliarden Euro in die soziale Infrastruktur und den Klimaschutz zu investieren.

Der linke Green New Deal ist die "konkrete Utopie" (Ernst Bloch) einer wirklich sozialen Infrastruktur. Profitgetriebene Kliniken und unbezahlbare Wohnungen sind dagegen eher eine "asoziale" Infrastruktur. Ein neuer Infrastruktursozialismus entzieht die Daseinsvorsorge dem Markt, dem Wettbewerb und der privaten Verfügung durch Aktionäre und Konzerne und baut eine andere ökonomische Struktur auf.

Öffentliche Güter sind kein Anhängsel der Ökonomie, sie können im Zentrum einer stärker regional ausgerichteten Wirtschaft stehen.

Wo heute offensichtlicher Mangel besteht, wie im sozialen Wohnungsbau, beim Ausbau digitaler Infrastruktur, bei der Herstellung von CO₂-neutralen Bussen und Bahnen, die für den ausgebauten ÖPNV benötigt werden, oder bei der medizinischen Versorgung – überall dort können öffentliche oder genossenschaftliche Betriebe gegründet werden. So würde ein starker Bereich öffentlicher Ökonomie entstehen, der sich am Bedarf der Menschen orientiert und gute Arbeit bietet. Eine bedarfsgerecht ausgebaute soziale Infrastruktur bedeutet: Mehr Beschäftigte werden eingestellt für eine bessere Personalausstattung von Kitas und Schulen, betreuungsgerechte Personalbemessung in der Pflege, für den Ausbau und eine bessere Taktung des ÖPNV und angeschlossener Fahrdienste, für eine bürgernahe kommunale Verwaltung und leistungsstarke öffentliche und kommunale Betriebe. Zusammen mit einer Verkürzung der Arbeitszeit in Richtung der 30-Stunden-Woche könnten so über zwei Millionen neue, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze in den folgenden Jahren entstehen.

Die Infrastruktur für ein besseres Leben braucht mehr Demokratie in der gemeinsamen Gestaltung des Öffentlichen. Kommunales und genossenschaftliches Eigentum soll etwa durch Initiativen von Beschäftigten und Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet und kontrolliert werden. Durch die sozialen Infrastrukturen in kommunaler Hand entstehen solidarische und klimaneutrale Kommunen. In Kommunen werden viele lebenswichtige Arbeiten der Versorgung der Menschen mit Gesundheit, Mobilität, Bildung, Energie und Lebensmitteln organisiert. Auch der Aufbau und die Pflege digitaler Kommunikationsinfrastruktur muss eine öffentliche Aufgabe sein.

Ohne Investitionen in Höhe von rund 13 Milliarden jährlich wird sich das Zwei-Klassen-System im Gesundheits- und Pflegebereich weiter verschlechtern. Wir dürfen nicht zulassen, dass ältere Menschen in schlecht ausgestatteten Pflegeeinrichtungen unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen ihr Dasein fristen oder in ihren Wohnungen ungenügend versorgt werden und vereinsamen. Oder dass Frauen in den Familien diese Lücken auf Kosten ihres eigenen Glücks ausgleichen. Einsamkeit hat unter älteren Menschen riesige Ausmaße angenommen, was durchaus eine Messlatte für die Inhumanität unserer Gesellschaft ist. Alte Menschen und Menschen mit Einschränkungen brauchen mehr als eine Grundversorgung, sie brauchen Zuwendung, mit Zeit und menschlicher Nähe. Nicht erst seit Corona wissen wir: Privatisierte Krankenhäuser, Pflegeheime und Pflegedienste müssen in kommunales und gemeinwohlorientiertes Eigentum überführt und so finanziert werden, damit sie die Versorgung der Menschen nach dem wirklichen Bedarf organisieren können. Allein im Bereich von Pflege und Assistenz müssten mittelfristig bis zu 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (30-Stunden-Woche) geschaffen werden. So kann eine wohnortnahe und an unterschiedlichen Lebenslagen orientierte Infrastruktur für ein besseres Leben für alle auch in einer alternden Gesellschaft geschaffen werden.

Sich an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und ihre Entwicklungsmöglich-

keiten ins Zentrum zu stellen, würde auch bedeuten, den sozialen Wohnungsbau so auszugestalten, dass er den tatsächlichen Bedarf in der Gesellschaft abdeckt. Gefragt sind Wohnungsgenossenschaften oder kommunale Wohnungsgesellschaften, die stärker basisdemokratisch von den Mieterinnen und Mietern und Genossinnen und Genossen gestaltet werden. Dabei wird sich zeigen: Sie sind dem Wohnungsmarkt mit seiner Tendenz zu Verdrängung, Gentrifizierung und Zerstörung gewachsener Nachbarschaften und Stadtteile weit überlegen. Notwendig sind dafür Investitionen von über zehn Milliarden Euro im Jahr (je zur Hälfte durch Bund und Länder getragen) und ein Förderprogramm für sozial gerechte energetische Modernisierungen und ökologisches Bauen. So können 250.000 neue Sozialwohnungen und weitere 130.000 preiswerte Wohnungen in kommunaler, genossenschaftlicher und gemeinnütziger Hand pro Jahr geschaffen werden, ökologisch gebaut und energieeffizient. Soziale und solidarische Städte sind mit renditeorientierten Wohnungskonzernen wie Vonovia oder Deutsche Wohnen niemals zu machen. Daher ist der Kampf für einen bundesweiten Mietendeckel und eine Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne ein wichtiges Einstiegsprojekt für einen linken Green New Deal.

Ein weiteres Einstiegsprojekt wäre ein öffentlicher Nahverkehr zum "Nulltarif" und der damit verbundene Ausbau des ÖPNV als Schritte zu einer echten Mobilitätswende. Mit bezahlbarer, sicherer und klimafreundlicher Mobilität unabhängig vom Auto. Kommunen und ÖPNV-Verbünde, die mit einem solchen Nulltarif starten, müssen erhebliche Unterstützung vom Bund bekommen und Personal in Bus und Bahn muss besser bezahlt werden. Doch das ist nicht alles: Wir wollen die Energiewende mit 100 Prozent klimaneutraler Energie bis 2035 – und Investitionen von mindestens 13 Milliarden Euro jährlich. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss massiv gefördert werden: in öffentlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Hand, mit sozial gestaffelten Preisen und Grundkontingenten. Um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch schaffen zu können, müssen wir

bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen. Wir wollen "Gute Bildung für alle" und müssen somit endlich in Schul- und Universitätsgebäude, Ausstattung und besonders in mehr Lehrerinnen und Lehrer, in Erzieherinnen und Erzieher, den Ausbau von gebührenfreien Kitas mit mehr Personal und flächendeckender Ganztagsbetreuung, in zusätzliche Studienplätze, Seminarräume und Hörsäle investieren. Wir wollen endlich schnelles Internet überall, beginnend mit den strukturschwachen und ländlichen Regionen, wo es teilweise noch gar keinen Empfang gibt.

Und wir müssen schlussendlich die Kommunen entlasten, damit sie handlungsfähig in kommunale Infrastruktur, mehr Personal unter anderem in Bauverwaltungen, Arbeits- und Umweltschutz investieren können.

Obwohl argumentiert werden könnte, dass eine gute Infrastruktur auch im Interesse von Unternehmen sei, wird sie sich nicht ohne Konflikt und ohne große gesellschaftliche Auseinandersetzungen mit den Kapitalbesitzern und Konzernen, die vom neoliberalen Kapitalismus profitieren, erreichen lassen. Die Wiederaneignung der gesellschaftlichen Infrastruktur durch die Vielen wird nicht ohne Widerstand erfolgen. Sie kann nur gelingen, wenn sie organisiert ist, wenn also die Kräfte und Akteure in der Gesellschaft sich zusammenfinden, die diesen grundlegenden Wechsel wollen. Unser Zukunftsentwurf ist daher auch ein Vorschlag für ein Bündnis mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl und darüber hinaus.

Bernd Riexinger war Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Dieser Beitrag ist seinem Buch entnommen: "System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können" (VSA-Verlag, 144 Seiten. 12 Euro.)

2. Der kapitale Klimawandel

Christoph Rinneberg

Unter Klima verstehen wir heute die Gesamtheit aller Wetterereignisse unserer Erdatmosphäre, beschrieben über einen längeren Zeitraum in einem größeren Gebiet von lokal bis global. Der so deutsch klingende Begriff stammt aus dem 16. Jahrhundert, entlehnt aus dem altgriechischen κλίμα, der Neigung des Sonnenstandes als maßgeblicher planetarer Größe. Unser Heimatplanet Erde bewegt sich auf einer elliptischen Bahn. Die raumfeste Neigung der Erdachse von 23,5 sorgt für die unterschiedlichen Jahreszeiten.

Was hat sich in den letzten 1000 Jahren an unserem Klima geändert?

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

Drei US-amerikanische Forscher – Michael E. Mann, Raymond S. Bradley und Malcolm K. Hughes – haben 1999 die Ergebnisse ihrer Klimaforschungen in der Grafik eines Hockey-Sticks veranschaulicht: Über die letzten 1000 Jahre ist die globale Temperatur bei geringer Abnahme nahezu konstant geblieben, bis sie mit Beginn des 20. Jahrhunderts wie bei einem Hockey-Stick scharf nach oben zeigt. Bis 1850 – also vor Beginn des industriellen Zeitalters – hatte sich die globale Temperatur nur um 0,2 erhöht, bei einer CO₂-Konzentration von 280 ppm (parts per million).

Dieses Jahrhundert ist das wärmste gewesen, wobei die Erwärmung seit 1920 am stärksten zugenommen hat und 1998 bisher das wärmste Jahr gewesen ist.

Im März 2020 hatte die CO₂-Konzentration den bisherigen Höchstwert von 420 ppm. Im Jahr 2020 sanken die weltweiten fossilen Emissionen auch aufgrund der Corona-

Pandemie um 7% oder um etwa 2,4 Milliarden Tonnen CO₂ auf 34 Milliarden Tonnen CO₂. Diese Abnahme ist neben der Zunahme regenerativ genutzter Energien v.a. den Beschränkungen im Verkehrssektor geschuldet (Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger), nicht einer besseren Klimaschutz-Politik. Dies zeigt der jährliche Bericht des Global Carbon Projects (GCP), eines weltweiten Zusammenschlusses von Klimaforschern.

Sollte ausgerechnet das Covid-19, dieses winzige Virus von 120 nm, die Menschheit zur Räson bringen können? (1 nm = 10⁻⁹ Meter).

Gemäß der Pariser Klimaschutz-Übereinkunft vom 4.11.2016 sollen die CO₂-Emissionen folgende Werte nicht überschreiten:

40 Mio to bis 2020 – 20 Mio to bis 2030

10 Mio to bis 2040 – 5 Mio to bis 2050

Zur Einhaltung eines max. Temperaturanstiegs von 2 müssten demnach zwischen 2020 und 2030 jedes Jahr zusätzlich ein bis zwei Milliarden Tonnen CO₂ eingespart werden.

Die weiterhin viel zu hohen Emissionen werden den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre weiter ansteigen lassen, im Jahr 2020 voraussichtlich auf 412ppm, also eine Zunahme von 48% gegenüber dem vorindustriellen Wert. Wohl nur ein gegen Null gehender Eintrag klimawirksamer Gase wird unser Klima wieder ins Gleichgewicht bringen können.

Wäre das eine realistische Utopie, den anthropogenen Klima-Wandel zurück zu bauen?

Vor rund 12 Jahren war der Klimawandel als Klimakrise zu einem tragenden gesellschaftlichen und politischen Thema geworden. Ausgelöst durch das IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change ("Weltklimarat") – sind bereits 2006 die ökonomischen Kosten des Klimawandels berechnet worden. Der längst überfälligen weiteren Arbeit an notwendigen Konsequenzen kam dann die sog. Weltfinanzkrise 2008 in die Quere. Hier "sorgten" die vorrangig ökonomisch bestimmten "harten" Tatsachen um die Rückkehr auf den Wachstumspfad dafür, dass

die als "weich" angesehene Umweltproblematik in den Hintergrund gedrängt wurde. Die CO₂-Konzentration folgte unvermindert der o.g. Hockey-Stick-Grafik.

Würde der multiplen Corona-Pandemie-Krise ein ähnliches Schicksal widerfahren?

Betrachten wir als Beispiel den Sektor der Automobil-Industrie. 1975 hatten die neu zugelassenen Autos in der BRD im Durchschnitt 62 PS (rund 45 kW), 1997 wurden erstmals 100 PS (rund 75 kW) überschritten. Bereits 2018 liegt der Wert bereits bei über 150 PS (rund 110 kW). Die Ausrüstung v.a. mit zusätzlichen elektrischen und elektronischen Geräten wurden den Märkten als technologische Fortschritte angeboten – mit der Folge von Round-Effecten, die den Gewinn an Effizienz wieder auffraßen. Wir haben einen durchschnittlichen Anschlusswert von 6 kW, d.h. für uns arbeiten permanent 60 "Energiesklaven".

Im globalen Maßstab bietet sich als Beispiel der Zusammenhang der Anstiege von Temperatur und Meeresspiegel an. Nur 2,5 % des gesamten Wassers auf der Erde sind Süßwasser.

Unser Planet hat eine Oberfläche von rund 510 x 10⁶ km². Davon entfallen rund 30% auf die Landfläche und rund 70% auf die Wasserfläche. Die Kryosphäre bedeckt rund 100 x 10⁶ km², mit rund 20 x 10⁶ km² in der Wasserfläche und rund 80 x 10⁶ km² auf der Landfläche. Das in der Kryosphäre (also in Polkappen, Eisbergen und Gletschern) schmelzende Eis hat den Meeresspiegel von 1900 bis 2000 um 1,4 mm/Jahr, insgesamt um 15 cm ansteigen lassen. Allein zwischen 2000 und 2015 ist der Meeresspiegel um 3,5 mm/Jahr angestiegen also 2,5 mal so schnell. Prognosen des IPCC gehen von einem Anstieg von 0,5 bis 1,0 m bis 2100 aus, also in rund 90 Jahren. Ursächlich dafür ist die zunehmende Belastung mit den CO₂-Emissionen, die die globale Temperatur weiter ansteigen lassen. Die Gesamt-Luftmasse beträgt rund 5 × 10¹⁵ t, das entspricht in etwa 1/300 der Wassermasse der Ozeane.

Die Schichtdicke unserer Atmosphäre beträgt mit rund 50 km weniger als 1% des Erdradius. Vergleicht man die "Schale" der Atmosphäre mit der Schale eines Hühneris, dann beträgt deren Stärke rund 1% der Ei-

dicke. Menschliches, tierisches und pflanzliches Leben findet atmosphärisch gesehen also auf Messers Schneide statt.

micha.links

Rundbrief der
BAG LINKE Christ*innen

Was den seit einem Dutzend Jahren informierenden und warnenden Stimmen des Weltklimarats IPCC trotz der Finanzkrise 2008 nicht gelang, schafft seit rund 2 Jahren die Fridays for Future Bewegung, einst angestoßen durch die Schwedin Greta Thunberg, einem Kind von rund 16 Jahren. Dieser Impuls zuvor ungeahnter Stärke hat in der letzten Zeit viele eigene Fridays-Bewegungen ausgelöst wie etwa die der Scientists, der Parents, der Christians und der Entrepreneurs. Parallel dazu wirken freilich auch ältere Bewegungen als Vorläufer und neuere wie "Ende Gelände" (Anti-Kohle-Protest) und die Kritik von BUND und ADFC, deren Proteste 2019 zur Schrumpfung der IAA und zur Absage für 2020 geführt haben.

Der wesentliche Kern all dieser Proteste liegt in der Kritik am dominanten kapitalistischen Produktions-, Konsumptions- und Finanz-System. Die damit aufs Engste gekoppelte Lebensweise v.a. auf der Nordhalbkugel beruht auf der Exklusivität, sozial-ökologische Kosten zu externalisieren, jedoch nicht nur zum Süden hin.

Dringendst muss das bisher boykottierte Lieferketten-Gesetz beschlossen werden und wirken.

Unsere Lebensweise verschiebt auch Lasten in der eigenen Gesellschaft v.a. auf die nachfolgenden Generationen, weil sie grundsätzlich nicht sozial-ökologisch angelegt ist, wie man an der Diskussion um Arbeitsplätze oft sehen kann.

Während die sog. 68er-Bewegung sich gegen ein restauratives, patriarchales, autoritäres gesellschaftliches und politisches Klima richtete, haben wir es heute wohl mit Generationenprojekten der jüngeren Generation zu tun, die sich angesichts der realen Bedrohung gegen die ältere Generation auflehnt und gegen die von ihr zu verantwortende imperiale Lebensweise. Hierzu Greta Thunberg:

"Unsere Zivilisation wird für die Möglichkeit einer sehr kleinen Anzahl von Menschen geopfert, weiterhin enorme Mengen Geld zu machen. Unser Lebensraum wird geopfert, damit reiche Menschen in Ländern wie meinem im Luxus leben können. Es ist das Leiden der Vielen, die für den Luxus bezahlen. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen und uns auf Gerechtigkeit konzentrieren. Wenn die Lösungen innerhalb des Systems unmöglich zu finden sind, müssen wir vielleicht das System ändern."

www.youtube.com/watch?v=DGDMqyfK8UQ

Auch wenn man die Gesellschaft als lernendes System betrachtet, so wird der dringend

gebotene Klimaschutz in den nächsten, klimatisch entscheidenden Jahren wohl wirkungslos bleiben, wenn er nicht mit dem Abbau machtpolitischer und gesellschaftlicher Ungleichheiten und einer Neugestaltung all der gesellschaftlichen Institutionen einhergeht, die bisher als Stützen des kapitalistischen Systems funktioniert haben. Technische Innovationen hin oder her – wir werden in erster Linie sozialer Innovationen bedürfen. Helfen wird da die Unvorhersagbarkeit der Zukunft.

"Wirtschaftswachstum und Bewahrung der natürlichen Umwelt stehen in fundamentalem Widerspruch zueinander. Nach aller menschlichen Voraussicht wird es in absehbarer Zukunft nicht möglich sein, diesen Widerspruch – etwa durch umweltschonende Technik – aufzuheben. Wenn daher der Umwelterhalt Priorität gegeben werden soll, so ist Verzicht auf Wachstum in erster Linie in den entwickelten Volkswirtschaften unabdingbar." (*Karl Georg Zinn, RWTH Aachen. In: Ökonomie contra Ökologie? SZ vom 03.04.1996.*)

Unsere politisch Verantwortlichen werden lernen müssen, mit ihrer ganzen Person zur Antwort auf ihr eigenes Tun und Lassen zu werden.

3. Kirche.Klima.Kapitalismus

Warum der Einsatz für die Schöpfung mit der Gottesfrage zu tun hat

Julia Lis

Dass ChristInnen „etwas für die Umwelt tun“ sollten, ist mittlerweile in aller Munde: weniger Fleisch essen, bewusster konsumieren, das Auto einmal stehen lassen, auf Fernurlaube, verbunden mit entsprechenden Flugreisen, verzichten – in christlichen Kreisen werden solche individuellen Beiträge zum Umweltschutz meist positiv angeführt, oft allerdings mit einem mehr oder weniger schlechten Gewissen, weil hier die Realität des persönlichen wie gesellschaftlichen Lebens oft nur zu deutlich vom eigenen Anspruch und den damit verknüpften moralischen Vorstellungen abweicht. So bleibt das konkrete Engagement oft dabei stehen, die kleinen Schritte einerseits zu loben und sich andererseits die Ohnmacht gegenüber der

übermächtigen Tatsache der fortschreitenden Klimakatastrophe einzugestehen – und höchstens diejenigen zu bewundern, die zu mehr Verzicht bereit und fähig sind.

Leben in Fülle?!

Der Glaube an Gott erscheint für ChristInnen dann oft wie ein letzter Rettungsanker, an den es sich zu klammern gilt:

Auch wenn man nicht leugnen möchte, dass die Menschheit droht Lebensmöglichkeiten auf diesem Planeten in einem Maße zu beschränken, das durch spätere Generationen nicht mehr rückgängig zu machen sein wird, behilft man sich doch aus dieser Situation mit einem gewissen Gottvertrauen, dass ein liebender Gott diese Welt nicht untergehen

lassen wird. So eine Art des Glaubens erscheint dann aber eher als Vertröstung angesichts der gravierenden Probleme dieser Welt. Der Glaube an Gott stellt dann vielleicht bestimmte Anforderungen an das Verhalten von ChristInnen zu stellen, bleibt aber selber vom Schicksal der Welt merkwürdig unberührt.

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

Der biblisch bezeugte Gott ist jedoch einer, der sich inmitten der Geschichte der Menschen offenbart. Die Frage nach den Lebensmöglichkeiten der Menschen ist somit keine sekundäre ethische Frage, sondern sie ist mit der Gottesfrage selbst aufs engste verknüpft und verbunden: Dieser Gott erweist sich als einer, der das Leben der Menschen will, ein gutes Leben für alle, biblisch gesprochen ein Leben in Fülle.

In dieser Weise, nicht im Sinne einer politischen Nutzbarmachung des Glaubens, ist die christliche Frage nach Gott von Anfang an politisch. Gott offenbart sich, indem er sein Volk im Exodus aus der Unterdrückung und Sklaverei in Ägypten befreit, als einer, der ein Leben in Gleichheit und Freiheit ermöglichen will. Damit ist der Gottesgedanke selbst, seine Wahrheit, nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen er formuliert ist: was darin wahr oder falsch ist, entscheidet sich daran, ob es die Lebensmöglichkeiten von Menschen befördert oder behindert. Der biblische Gottesgedanke bewahrheitet sich darin und dann, wenn er Freiheit und Gleichheit der Menschen ermöglicht.

Die fortschreitende Zerstörung der Welt durch die Klimakatastrophe und die damit verbundenen sozialen Verwerfungen sind deshalb mehr als nur etwas, was an eine individuelle moralisch motivierte Verhaltensänderung appelliert. Vielmehr rufen sie auf zu einer gesellschaftlichen „Umkehr“, zu einer grundlegenden Richtungsänderung also. Denn es wird deutlich, dass ein Leben in Fülle für alle Menschen und damit die von uns als ChristInnen erhofften Verheißungen in diametralen Gegensatz stehen zum Zustand der Welt, in der wir leben. Wenn wir an einen Gott glauben, dessen Verheißungen aber nicht einfach auf irgendein „Jenseits“ bezogen sind, sondern auf etwas jenseits der bestehenden Verhältnisse von Ausbeutung und Unterdrückung, auf das Gelingen des Lebens in dieser Welt, dann wird deutlich, wie fundamental sich die Frage danach stellt, was angesichts der Klimakatastrophe mit unserer Welt passiert.

Universale Solidarität

Dass die Klimaerwärmung nicht nur droht, sondern bereits in vollem Gange ist, ist eine Tatsache, die nur noch von wenigen bestritten wird. Die Rede vom individuellen (Konsum)verzicht, vom bewussten und nachhaltigen Leben verschleiert manchmal, dass der Klimawandel ein strukturelles Problem ist, genauso wie der Konsum. In einer kapitalistischen Gesellschaft wird eben nicht produziert, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Profite zu generieren. Hier aber liegen gerade die Wurzeln der ökologischen Krise: Wenn die Natur eine Ressource ist, die „umsonst“ zur Verfügung steht und wenn sie die Möglichkeit bietet, Profite zu erwirtschaften, dann wird und muss sie in der kapitalistischen Logik auch ausgebeutet werden, damit das geschehen kann. Der Kapitalismus ist so angelegt, dass er, um Wachstum und Profit zu ermöglichen, ohne die er nicht existieren kann, eine Zerstörung der Natur wie der sozialen Beziehungen in Kauf nehmen muss. Eine Transformation dieser kapitalistischen Verhältnisse in das andere ihrer selbst ist deshalb nicht möglich. Es braucht vielmehr einen Bruch mit der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsweise und eine andere gesellschaftliche Antwort auf die Frage, wie und was produziert werden muss oder wie das Leben selbst (re-)pro-

duziert werden kann. Eine solche Antwort aber kann nicht einfach ein „New Green Deal“ liefern, also ein Investitionsplan, der ökologische Anliegen besser berücksichtigen soll, aber kapitalistischen Logiken darin verpflichtet bleibt.

ChristInnen kann die biblische Botschaft dazu inspirieren größer zu denken und danach zu fragen, wie wir uns auf den Weg zu einer Gesellschaft machen können, die der biblischen Verheißung von Gerechtigkeit für alle und einem umfassenden Heil, Schalom, das Menschen, aber auch allem Lebendigen zugesprochen wird, näher kommt.

micha.links

Aus einer solchen Perspektive sind soziale und ökologische Fragestellungen keine Gegensätze mehr, wie das in unserer Gesellschaft oft erscheint: Da werden die Interessen derer, die sich kaum etwas leisten können, und durch Fleischkonsum, einen billigen Urlaubsflug oder ein Auto doch noch ein Minimum an Wohlstand und gesellschaftlicher Teilhabe zu erreichen versuchen, gegen die Schäden ausgespielt, die das für die Umwelt bringt. Da werden Arbeitsplätze ins Feld geführt, die durch ökologische Maßnahmen, wie den Braunkohleausstieg gefährdet sein könnten. Diese Gegensätze sind jedoch nur scheinbare: Ein Arbeitsplatz, der dazu beiträgt, dass die Klimakatastrophe fortschreitet, stellt keine sinnvolle Tätigkeit da, sondern dient dazu Mensch und Natur dem Verwertungszwang zu unterwerfen. Eine Gesellschaft, die Konsum zur Voraussetzung von Teilhabe macht und Menschen permanent als KonsumentInnen und ProduzentInnen adressiert, verhält sich zynisch, wenn sie dann den Konsum gerade der

materiell Benachteiligten an den Pranger stellt. Es geht also nicht darum, dass individuell richtige Verhalten einzufordern und Verfehlungen zu sanktionieren. Christlicher Glaube ist gerade dann falsch verstanden, wenn er den Einzelnen moralische Lasten aufbürdet, zusätzlich zu der Last der Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, unter denen sie leiden.

Es geht vielmehr um die Einsicht, dass soziale und ökologische Probleme in dieser Welt strukturell bedingt sind, als Konsequenzen einer kapitalistischen Wirtschaftsweise und einer Politik, die diese verwaltet und stabilisiert. Papst Franziskus hat dies in seiner Enzyklika „Laudato Si“ folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Die Haltungen, welche – selbst unter den Gläubigen – die Lösungswege blockieren, reichen von der Leugnung des Problems bis zur Gleichgültigkeit, zur bequemen Resignation oder zum blinden Vertrauen auf die technischen Lösungen. Wir brauchen eine neue universale Solidarität. (LS 14)“

Es muss also darum gehen, Gleichgültigkeit und Resignation, die oft Ergebnis einer empfundenen Ohnmacht sind, zu überwinden, und das kann nur gemeinsam gehen, solidarisch. Solidarität ist dabei keine moralische Anforderung, sich solidarisch diesen oder jenen gegenüber zu zeigen, sondern die Herstellung eines Gemeinsamen. Für ChristInnen ist dieses Gemeinsame, der Ort, wo Menschen sich zusammentun, um eine andere, solidarische Lebensweise zu praktizieren die Versammlung der Glaubenden, die Kirche. Nicht umsonst haben die ersten ChristInnen, weit vor dem Wandel der Kirche unter Kaiser Konstantin in einer herrschaftsstabilisierende Institution, andere Menschen dadurch missioniert und überzeugt, dass sie eine Solidarität untereinander lebten und praktizierten, die unter den Bedingungen des Römischen Reiches mehr als ungewöhnlich war. In ihren Gemeinden hatten die Schwachen, Armen und Ausgegrenzten nicht nur einen Platz, sondern organisierten sich als Gemeinschaft von Gleichen, zumindest dem Anspruch nach. Christliche Solidarität ist aber nicht nur binnenorientiert, sie ist nicht an die eigene Glaubensidentität gebunden, sondern universal. Sie meint die ganze Welt. Und in diesem Sinne geht es ihr um alles Lebendige in der

Welt, die Bewohnbarkeit der Erde. Dafür gilt es im Sinne einer solchen Solidarität einzutreten.

Schöpfung: Bewohnbarkeit der Welt

Dieses christliche Engagement wird oft als Einsatz für die „Bewahrung der Schöpfung“ bezeichnet. Das Konzept des Bewahrens kann ein sinnvoller Einspruch sein gegen einen Fortschrittsoptimismus, der für alles, auch etwa für den fortschreitenden Klimawandel, auf eine technische Lösung hofft und so eine Kritik nicht zulässt, die unser Verhältnis zur Technik grundlegend problematisiert und in Frage stellt. Geht es wirklich darum, die Welt kontrollierbar zu machen und damit die Natur unseren Zwecken zu unterwerfen und zum Objekt unserer Kontrolle und Herrschaft zu machen? Oder wäre ein grundlegend anderes Verhältnis zu Natur anzustreben, das uns mit ihr als einem Anderen in Beziehung treten lässt? Und dass damit eine Grenze zieht, die es zu respektieren und zu bewahren gilt?

Aber die Rede von der „Bewahrung der Schöpfung“ kann angesichts der Klimakatastrophe missverständlich sein. Denn es geht ja

kale Unterbrechung des katastrophischen Gangs der Geschichte, die erst einen Neuanfang ermöglicht. Ein solches Verständnis kann einer ohnmächtigen Resignation angesichts der fortschreitenden Klimakatastrophe vorbeugen: Es geht nicht darum, ob es zu spät ist oder nicht die Katastrophe zu verhindern, sondern darum, dass es höchste Zeit ist einzugreifen, um endlich Verhältnisse zu schaffen, die Leben ermöglichen. Ein solches Tun gelingt nicht einfach aus eigener Anstrengung. Rettung ist biblisch betrachtet die Tat Gottes, die von den Menschen erhofft und ersehnt, nicht aber einfach herbeigeführt werden kann. Dieses Hoffen und Sehnen aber ist alles andere als das Abwarten, hat nichts zu tun mit einem ängstlichen Blick auf das, was kommt, noch einem Verklärenden in die Vergangenheit.

So ist bereits die biblische Schöpfungserzählung nicht die verklärende Geschichte eines idealisierten, paradiesischen Urzustands, sondern laut dem reformierten Theologen Dick Boer eine Mut machende Befreiungsgeschichte: Sie erzählt, dass die Erde, auf der wir leben, bewohnbar sein kann, dass

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

Cabo finis terrae

gerade nicht um das Festhalten, an dem, was ist, sondern um Veränderung. Wenn heute in Bezug auf die Klimakatastrophe immer wieder von einer apokalyptischen Situation die Rede ist, dann hilft hier vielleicht auch ein biblischer Blick auf Apokalypse, um ein Verständnis davon zu entwickeln, das nicht ein dramatischer Untergang der Welt in der Katastrophe gemeint ist, sondern eine radi-

sie nicht notwendig den Mächten des Chaos überlassen bleiben muss. Diese Erde hat all das zu bieten, was die Menschen brauchen, um würdig zu leben. Sie müssen dieses würdige Leben nur wollen und die Verhältnisse auf dieser Erde entsprechend ordnen. Die zerstörerischen Mächte sind also alles andere als natürlich, sondern Ergebnis konkreter Macht- und Unterdrückungsverhältnisse, die Menschen hergestellt haben

und die sie deshalb auch wieder überwinden können.

Dem Rad in die Speichen fallen – Auftrag und Aufgabe von ChristInnen und Kirche

Ein solcher Blick auf die eigene Tradition kann ChristInnen auch angesichts der übermächtigen Herausforderungen der Klimakatastrophe und des „stählernen Gehäuses“ des Kapitalismus, der die Bedingungen unseres Lebens bestimmt und die katastrophischen Zustände weiter verschärft, Mut machen. Es bleibt eine Menge zu tun! Die Verhältnisse, in denen wir leben, müssen grundsätzlich und radikal, d.h. im Wortsinne „von der Wurzel her“ in Frage gestellt und überwunden werden. Mit einem Wort Dietrich Bonhoeffers gilt es also „dem Rad in die Speichen zu fallen“ – und dazu braucht es sicher anderes und mehr als einen nachhaltigeren Lebensstil oder Konsumverzicht. Es braucht vor allem die Gemeinschaft, christlich gesprochen Gemeinde, Kirche: Als eine Organisationsform solidarischen Lebens, die die Möglichkeit universaler Solidarität mitten in dieser Welt aufscheinen lässt. Von diesem Zustand sind freilich unsere real existierenden Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich wie die meisten ihrer Mitglieder in diesen Verhältnissen recht bequem eingerichtet haben, meilenweit entfernt.

So bleiben ChristInnen, die angesichts sich ausbreitender Alternativlosigkeit an dem verändernden Potential der eigenen Tradition festhalten wollen, darauf angewiesen, die Frage nach der Möglichkeit anders Kirche zu sein wachzuhalten und zu stellen. Eine solche andere Kirche beginnt dort sichtbar zu werden, wo ChristInnen sich organisieren, um gemeinsam mit anderen, die das Ziel einer bewohnbaren Erde, die allen Menschen, allen Lebewesen einen würdigen Platz bietet, mit ihnen teilen, für diese andere Welt einzutreten. Dazu gehört zunächst die mutige und prophetische Anklage der Verhältnisse, die in symbolischer Form den Lauf der Dinge unterbricht, etwa durch eine Praxis des Zivilen Ungehorsams. Eine solche Anklage stellt die herrschenden kapitalistischen Logiken infrage, entlarvt deren zerstörerisches Potential und fordert einen Neubeginn ein. Sie sieht den Ausweg aus der Klimakatastrophe nicht in Investitionsprogrammen

oder technischen Lösungen, sondern in einer grundlegend neuen Antwort auf die Frage, wie wir gemeinsam leben, wie wir wirtschaften und wie wir uns als Menschen untereinander und auf die Natur beziehen wollen.

Diese Frage gilt es auch in den christlichen Kirchen wachzuhalten. Sie lässt sich nicht individuell beantworten und auch nicht nur in kleinen Gemeinschaften, da die globale Klimakatastrophe und ihre Folgen, die sich im Kampf um knappe Ressourcen, Flucht und Naturkatastrophen zeigen, uns alle betreffen, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Sie

micha.links

Rundbrief der
BAG LINKE Christ*innen

machen deutlich, dass in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung die Strukturen, die es zu überwinden gilt, nicht einfach regional oder national verändert werden können, sondern dass unsere Perspektive international, global, ja universal sein muss. Im Horizont steht dabei die Ausrichtung auf eine alternative Form der Globalisierung von unten, die uns über alle Grenzen hinweg zusammenführt, um an einer Welt zu arbeiten, in der diese Erde ein Ort der Lebens für alle werden kann statt der Verwüstung preisgegeben zu werden. Indem ChristInnen ihr Engagement für das Klima, für die Schöpfung in einen solchen Horizont stellen, bezeugen sie ihren Glauben an einen Gott, dessen Verheißung Leben und Schalom für die Welt zu ermöglichen, trotz aller Katastrophen weiter herbeigesehnt und auf deren Erfüllung aktiv gehofft wird, durch das gemeinschaftliche Engagement, um sie eines Tages wahr werden zu lassen und die Erde wirklich bewohnbar zu machen.

Dr. Julia Lis ist katholische Theologin und Mitarbeiterin des Instituts für Theologie und Politik in Münster

4. Kreuz gegen Bagger

Christlicher Widerstand am Tagebau Garzweiler: gegen die Zerstörung der Dörfer und des globalen Klimas

Benedikt Kern

Das Rheinische Braunkohlerevier ist die größte Braunkohlelagerstätte Europas und die Kohleverstromung der Region ist eine der größten europäischen CO₂-Quellen. Mittlerweile ist unstrittig, dass ohne einen sofortigen Kohleausstieg die Pariser Klimaziele nicht mehr erreicht werden können. Bis 2038 soll jedoch weiterhin Braunkohle gefördert werden und die dafür gebilligte Zerstörung von fünf weiteren Dörfern, Verunreinigung und Absenkung von Grundwasserreservoirs und der weitere Verlust wertvoller Böden schreitet weiter voran – mit gravierenden, nicht wieder rückgängig zu machenden Folgen für die Klimaerwärmung und den Lebensraum der betroffenen Menschen vor Ort, von denen 1.500 noch zwangsumgesiedelt werden sollen. Die von der kapitalistischen Wirtschaftsweise produzierte Klimakrise ist somit wesentlich auch im Rheinischen Braunkohlerevier umkämpft.



micha.links

Im Herbst 2019 hat das Institut für Theologie und Politik aus Münster zusammen mit anderen AkteurInnen aus der Region eine Klimasynode, parallel zur römischen Amazonassynode veranstaltet, um die ökologische und soziale Frage auf das Rheinische Revier hin zu kontextualisieren. Seitdem engagieren wir uns aktiv in der Initiative „Die Kirche(n) imDorflassen“.

Diese christliche Initiative kämpft neben vielen anderen AkteurInnen für einen globale

Klimagerechtigkeit, den sofortigen Kohleausstieg und in besonderer Weise für den Erhalt der bedrohten Kirchen im Rheinischen Braunkohlerevier. Ziel der Initiative ist es, mit Blick auf die Kirchen als Gebäude, als Institution sowie als Gemeinschaft, tätig zu werden. Hierbei engagieren sich Menschen aus unterschiedlichsten Gründen: sie wollen die Kirchen als Kulturgüter erhalten, jedoch auch für die Bewahrung der Schöpfung und für globale Klimagerechtigkeit, d.h. die Lebensmöglichkeiten späterer Generationen und von Menschen in anderen Teilen der Welt eintreten. „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ erweitert den Widerstand und die Praxis der Klimagerechtigkeitsbewegung im Rheinischen Braunkohlerevier um eine Perspektive von organisierten ChristInnen. Eine christliche Perspektive innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung ist nicht so selbstverständlich präsent wie früher in der Friedensbewegung oder der Anti-Atom-Bewegung, in der dezidiert christliche Akteure immer auch eine Rolle gespielt haben. Zugleich sind ChristInnen in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv, auch wenn sie nicht unbedingt als solche darin sichtbar sind.

Bei den Aktivitäten der seit dem Abriss der Immerather Domes 2018 bestehenden und vor allem seit Anfang 2020 aktiven Initiative geht es auch darum, nach Formen zu suchen, wie man sich dem Wahnsinn der Klimazerstörung im Rheinischen Braunkohlerevier entgegenstellen kann.

Die Erfahrungen im von der Corona-Krise geprägten Jahr 2020 haben gezeigt, dass trotz aller äußeren Schwierigkeiten die Gruppe sich erweitern und stabilisieren konnte, um so den Protest zu verstetigen.

Gottesdienste an der Kante: Protest und Feier der Hoffnung

Eine wichtige Form, um in der Öffentlichkeit sichtbare Orte des Zusammentreffens zu schaffen, waren in den bedrohten Dörfern an der Tagebau-Kante Gottesdienste unter

freiem Himmel, die in der Tradition der Politischen Nachtgebete des Kreises um Dorothee Sölle stehen. Für viele Menschen bieten diese Gottesdienste die Möglichkeit sowohl in der Öffentlichkeit ein Zeichen zu setzen und mit der eigenen Haltung des Widerspruchs zum Bestehenden sichtbar zu sein, als auch Kraft zu schöpfen, sich der eigenen Perspektive zu vergewissern und die Motivation für die gemeinsamen Auseinandersetzungen zu vertiefen.

Die Gottesdienste am Rande des Tagebaus Garzweiler sind ein Versuch einen Raum zu eröffnen, um den Konflikten und Auseinandersetzungen einen Ort zu geben, sie zu reflektieren und gemeinsam auszuhalten sowie Kraft zu schöpfen.

Liturgie im öffentlichen Raum ist dabei für viele Menschen etwas völlig Neues und gleichzeitig knüpft es an bekannte und oft wenig präzente Traditionen an, die oft gerade älteren Menschen auch in säkularen Zusammenhängen stellenweise noch bekannt sind.

Deshalb ist vielleicht gerade bei „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ das Besondere, dass die beiden Dimensionen zusammengebracht werden: Protest und Ausdruck des eigenen Glaubens in der ritualisierten Form der Liturgie als einer Feier, in der Bestärkung und Enttäuschung, Zweifel und Gewissheiten, Ohnmacht angesichts übermächtiger, zerstörerischer Gewalt und Hoffnung auf das Reich Gottes ihren Ort bekommen.

So prägt diese Liturgien einerseits ein traditioneller kirchlicher Charakter, das heißt sie umfassen biblische Schriftlesungen, Predigten, Gebete, Segensriten, Lieder, Zeiten der Stille, gegenseitigen Austausch, Prozessionen, Aufrichtung eines Kreuzes, Totengedenken, liturgische Nachtwachen, Sternsingersegnung von vom Abriss bedrohten Häusern etc. Selbst traditionell katholische Eucharistiefiern gehören zu diesen Formen. In der Regel aber finden diese Gottesdienste ohne AmtsträgerInnen als VorsteherInnen statt, sondern werden getragen aus dem selbstbewussten Verständnis der Feiernden und möglichst kollektiv vollzogen. Die Mitfeiernden sind eingeladen eigene Wortbeiträge, Kommentare und Erfahrungen vorzutragen. Es ist eine bleibende Heraus-

forderung, gerade auch theologisch nicht ausgebildete Engagierte aus der Initiative dazu zu ermutigen, selber Gottesdienste vorzubereiten und ihnen vorzustehen.

Die Gottesdienste integrieren neben traditionellen liturgischen Elementen auch Aspekte, die für eine kirchliche Liturgie eher außergewöhnlich sind: Das ist zum einen die Wahl des Ortes und des Zeitpunktes für den Gottesdienst, wie in nächster Nähe der arbeitenden Abrissbagger im Dorf Lützerath, vor von unmittelbarer durch die Rodung bedrohten Bäumen, auf einer die Dörfer verbindenden Straße, die abgerissen werden sollte, in Erinnerung an den zerstörten Immerrather Dom an dessen ursprünglichem Standort oder vor der Kirchentür aus Anlass der bekanntgegebenen Entwidmung der Kirche von Keyenberg.

Bilder vom Fortschritt

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

Liturgie und Ziviler Ungehorsam

Doch auch der Gottesdienst als ein vollzogener Regelübertritt mag außergewöhnlich erscheinen. So fanden Gottesdienste unter direkter Präsenz von Polizei-Einsatzhundertschaften und auch gewalttätigen Übergriffen ihrerseits statt, auf dem symbolisch durch die Feier wieder angeeigneten Betriebsgelände von RWE power, an der Tagebaukante, an brisanten Orten in den Dörfern während laufender Abrissarbeiten oder vor einer von AktivistInnen besetzten, wiedereröffneten und von der Polizei umstellten Dorfkneipe in Keyenberg. Doch auch ungehorsame Aktionen wie das Offenhalten

der Keyenberger Hl. Kreuz-Kirche durch ein stundenlanges Singen am Tag des offenen Denkmals, als die Kirche der Öffentlichkeit verschlossen bleiben sollte, sind ermutigende Beispiele selbstbestimmten Handelns.

micha.links

Rundbrief der
BAG LINKE Christ*innen

Diese Feiern fanden direkt an den Orten der Zerstörung statt – selbst wenn es nicht erlaubt war – und so standen Inhalt der Liturgie und örtlicher und zeitlicher Kontext in einem engen Verhältnis. Durch die direkte Nähe zu Protestaktionen von aktivistischen Akteuren der Klimagerechtigkeitsbewegung, wie zum Beispiel während der Ende Gelände-Aktionstage oder aus Anlass der Aktionen Zivilen Ungehorsams zur Verhinderung der Abrissarbeiten, gab es bei den Gottesdiensten nicht nur eine verbale Solidarisierung mit all jenen AktivistInnen die diesen Zivilen Ungehorsam leisten, sondern die Gottesdienste wurden teilweise selbst Teil der Aktion. Somit haben die liturgischen Feiern und Prozessionen neben dem symbolischen Charakter auch den einer direkten Intervention, die sich einerseits solidarisch auf Protestformen direkt bezieht und andererseits eine reale Auswirkung auf das Geschehen vor Ort hat. Gerade hier stellt sich die Frage nach dem Eigenwert eines natürlich politischen Gottesdienstes gegenüber einer aktivistischen Aktion.

Für „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ ist dabei wichtig, dass Liturgie nicht einfach nur ein Trick von AktivistInnen ist, um Aufmerksamkeit für sich und ihre Anliegen zu bekommen. So lautet der Vorwurf, der von der Polizei den Medien gegenüber geäußert wurde, dass diese Gottesdienste allein zur Tarnung politischer Versammlungen abgehalten würden, zum Beispiel, um nicht unter das Versammlungsgesetz zu fallen oder polizeiliche Repression zu erschweren. Ebenso

wurde in den sozialen Medien immer wieder verbreitet, die Form dieser liturgischen Feiern von „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ werde für politische Zwecke instrumentalisiert.

Diese beiden Vorwürfe sind angesichts der Motivation der Feiernden und auch der Gottesdienstinhalte nicht haltbar und zugleich bleibt es wichtig, sich dazu in ein Verhältnis zu setzen. Für die Engagierten bei „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ ist es ein wichtiger Punkt zu betonen, dass diese Gottesdienste eben nicht einfach nur kreative und religiös verpackte Protestformen sind, sondern dass sie immer einen Eigenwert als Gottesdienste haben – und das nicht nur aufgrund ihrer traditionellen liturgischen Elemente. Es ist eben unbedingt eine theologische und keine rechtliche Frage, ob eine öffentliche Versammlung ein Gottesdienst ist:

Der Eigenwert dieser Gottesdienste besteht eben darin, einer widerständigen christlichen Perspektive eine zu ihr passende Ausdrucksform zu geben, die existenziell das Handeln, Denken und eine gemeinsame Reich Gottes-Perspektive von ChristInnen betrifft.

Auf jeden Fall ist eine Beurteilung der Legitimität und Authentizität eines Gottesdienstes durch eine Polizei-Einsatzleitung unmöglich und mit der Freiheit der Religionsausübung definitiv nicht vereinbar.

Und die verfasste Kirche?

Die Aktivitäten von „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ und natürlich auch die Gottesdienste wurden oft medial aufgenommen. Das sorgt für Gegenwehr bei denjenigen, die sich nicht dieser politischen Option anschließen. Ein Kontakt zu den örtlichen Kirchengemeinden ist gar nicht oder nur sehr schwer zu vermitteln, gerade zur katholischen Gemeinde vor Ort, die sich im Wesentlichen um eine Abwicklung der Umsiedelung kümmert. Der örtliche Pfarrer und Kirchenvorstand sind durch RWE in den letzten Jahren sehr stark eingebunden worden in die Prozesse und so wurden die drei verbleibenden Kirchen bereits Anfang 2020 an RWE power verkauft. Besonders die ChristInnen in den bedrohten Dörfern fühlen sich von der katholischen Kirche im Stich gelassen, da von kirchlicher Seite klare politische Signale, wie zum Beispiel ein bergbauliches Enteignungs-

verfahren der Kirchengebäude anstatt eines Verkaufs, möglich gewesen wären. So gab es eine große Protestwelle, als im Januar 2021 die inoffiziell laufenden Vorbereitungen der Kirchengemeinde zur Entwidmung der Kirche Hl. Kreuz in Keyenberg bereits für März 2021 statt Ende des Jahres bekannt wurden. Eine beschleunigte Entwidmung wurde schließlich durch das Bistum Aachen gestoppt unter Verweis auf die noch ausstehende Leitentscheidung der NRW-Landesregierung zum weiteren Vorgehen mit dem Tagebau Garzweiler II und der davon abhängenden Zukunft der Dörfer.

Eine Solidarisierung mit dem Protest von „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ gab es von kirchlicher Seite nur vereinzelt. Ende 2020 haben allerdings mehrere evangelische Superintendenten und der Diözesanrat im Bistum Aachen deutlich Stellung bezogen für den Erhalt der Dörfer und einen beschleunigten Kohleausstieg.

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter
umschmieden zu Pflugscharen und ihre
Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird
mehr gegen das andere das Schwert
erheben, und sie werden den Krieg nicht
mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

Gemeindebildung im Angesicht der Zerstörung

Mit Formen politischer Liturgie zu experimentieren war im Jahr 2020, mitten in der Corona-Pandemie eines der wichtigsten Erfahrungsfelder für „Die Kirche(n) im Dorf lassen“: Die eigene Handlungsfähigkeit zu vergrößern, Erfahrungen der Ohnmacht zu bewältigen und das Bewusstsein kollektiver Handlungsformen zu entwickeln, sind wichtige Elemente dieser Praxis. Dabei wurden Möglichkeiten, aber auch deren Begrenzungen neu bestimmt: Angesichts der Kettensägen und Abrissbagger ist es nicht ohne weiteres möglich, die Zerstörung aufzuhalten und dennoch ist es richtig und wichtig vor Ort

präsent zu sein und sich ihr entgegenzustellen. Denn sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch bei den Aktiven selbst macht es einen Unterschied, ob Protest und gegenseitig erfahrene Solidarität stattfindet oder nicht – selbst wenn nicht unmittelbar die erhoffte Wirkung erzielt wird.

Die oben beschriebenen entwickelten liturgischen Formen konnten neben den Aktionen anderer Akteure wie „Alle Dörfer bleiben“ oder der „Mahnwache Lützerath“ u.a. Menschen aus den Dörfern, die vom Abriss bedroht sind, Engagierte aus der Klimabewegung, AktivistInnen die sich vor Ort niedergelassen haben in der Dauermahnwache oder der Waldbesetzung und sehr viele, die von weit her immer wieder an diese Orte zu Demos, Veranstaltungen und Gottesdiensten kommen, zusammenführen.

Neben engagierten ChristInnen, die mehr oder weniger in kirchlichen Zusammenhängen aktiv sind, haben auch zahlreiche Menschen ohne kirchliche Bindung an diese liturgische Form des Widerstands anknüpfen können. So treffen in den Gottesdiensten und Veranstaltungen sehr unterschiedliche Menschen mit einem mehr oder weniger ausgeprägten Bezug zur christlichen Tradition zusammen, die aber gemeinsame Ziele von Klimagerechtigkeit und der Schutz der Dörfer verbinden. Gerade unter Klimabewegten, oftmals sehr jungen AktivistInnen Verständnis für explizit christliche Ausdrucksformen von Widerstand und Protest zu wecken, ist aufgrund gegenseitiger Berührungängste eine fruchtbare Herausforderung, die zu einer engeren Zusammenarbeit beitragen kann.

Einige der Menschen, die regelmäßig die Gottesdienste von „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ mitfeiern, haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass sie gerade durch diese Form von Gottesdiensten an diesen jeweiligen Orten einen völlig neuen Zugang zu Liturgie gefunden hätten oder dass sie hierdurch überhaupt erst eine Ausdrucksweise ihres Glaubens finden könnten. Insofern ist es auch aus einer pastoraltheologischen Perspektive ein interessantes Feld, dass hier Menschen ihren Glauben artikulieren, die dafür ansonsten keine Orte, zumindest keine kollektiven, finden könnten.

Spiritualität der Konfliktivität

Der oftmals sehr unklare Begriff von Spiritualität spielt in der Reflexion über die Praxis von „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ natürlich notwendigerweise eine Rolle. Doch wie lässt sich Spiritualität fassen und auf die Erfahrungen im Klima-Hotspot im Rheinland sinnvoll anwenden?

Spiritualität ist nach dem brasilianischen Befreiungstheologen Alberto da Silva Moreira eine körperliche, existenzielle, zugleich geistige, eben tief menschliche Grunderfahrung, sie ist die ausdauernde Atmung des Geistes, „der sich durch alle Lebenslagen nach Authentizität der Existenz sehnt.“ Für ihn hat der Kampf um das Überleben von Menschen und Natur unmittelbar spirituelle Dichte, da er die Existenz des Menschen fundamental betrifft, und muss als solcher ernstgenommen werden: Wenn ChristInnen und alle mit denen sie zusammen kämpfen, im „Hier und Jetzt“ der Geschichte mit all ihren Hoffnungen und Illusionen, Fortschritten und Rückschlägen, Erwartungen und Enttäuschungen leben und darin sich für eine Parteilichkeit entscheiden.

micha.links

Rundbrief der
BAG LINKE Christ*innen

Eine so verstandene, von Moreira als *Spiritualität der Konfliktivität* bezeichnete Spiritualität hat auch Raum für den Zorn über die strukturelle, gewaltförmige Ungerechtigkeit und lässt darin nicht locker, sich zu konfrontieren mit dieser Ungerechtigkeit, sich

von Rückschlägen nicht demobilisieren zu lassen und an der Möglichkeit der Überwindung der Verhältnisse festzuhalten. Moreira unterstreicht, dass eine Spiritualität in der Konfliktivität auch dem Alleingang und der Isolation entgegenwirkt, wenn eine Gemeinschaft von Kämpfenden entsteht, „die sich vom Glauben stets speist und im Glauben viele andere Kämpfende einschließt, von denen man weiß, ohne sie je zu kennen.“

Durch die Erfahrungen von Solidarität und gemeinsamer Gottesdienstpraxis bei „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ wird Spiritualität für viele sichtbar als eine Vergewisserung des eigenen Denkens, als Quelle, langer Atem und Erdung des eigenen Tuns in diesem konfliktvollen Feld des Rheinischen Reviers. Eine so verankerte Spiritualität der Konfliktivität ist eben keine Flucht aus der Welt, sondern sie ist eng verbunden mit oder gar Ausgangspunkt einer parteilichen Konfrontation mit den gewaltvollen und zerstörerischen Verhältnissen, die an der Tagebaukante besonders sichtbar werden. Sich der Befreiungserfahrung Israels und der Jesusbewegung am Abgrund des Kohlelochs und der abgerissenen Dörfer bewusst zu werden, ist Ansporn dafür, die Verhältnisse eben nicht länger als unveränderbar, und schon gar nicht als naturgegeben, hinzunehmen, sondern kollektiv an der Möglichkeit zum guten Leben aller in einer lebenswerten Welt festzuhalten.

Weitere Informationen zu den zahlreichen im Text erwähnten Aktivitäten und Gottesdiensten der Initiative „Kirche(n) im Dorf lassen“ sowie Videoaufnahmen und Bilder davon sind auf der Homepage der Initiative unter <https://www.kirchen-im-dorf-lassen.de/> zu finden.

Benedikt Kern, (Jg. 1988) kath. Theologe, Mitarbeiter am Institut für Theologie und Politik (ITP) in Münster. Das befreiungstheologisch inspirierte ITP ist u.a. engagiert im Rheinischen Braunkohlerevier und bei der Initiative „Die Kirche(n) im Dorf lassen“.

5. BUCHBESPRECHUNGEN

Warum das Klima im Kapitalismus nicht gerettet werden kann

Mit seinem Buch *Im Angesicht des Anthropozäns – Klima und Gesellschaft in der Krise* liefert der ökosozialistische Autor Ian Angus eine fundierte Analyse der Klimakatastrophe und des damit verbundenen neuen geologischen Zeitalters: das Anthropozän.

Benedikt Kern

Ian Angus geht in *Im Angesicht des Anthropozäns* in drei Schritten vor: Zunächst stellt er umfassende naturwissenschaftliche Erkenntnisse dazu dar, was das geologische Zeitalter des Anthropozäns ausmacht, in dem das menschliche Handeln mit Beginn des Kapitalismus massive Auswirkungen auf den Planeten und seine Ökosysteme hat. Anhand ausführlicher Beschreibungen der Veränderungen der letzten Jahre, der Kippunkte und dem Erreichen der planetaren Grenzen

micha.links

zeigt er auf, dass das Anthropozän sich auszeichnet „durch ein neues Klimaregime, welches grundlegend anders ist, als die 11.700 Jahre währende Stabilität des Holozäns. Und dabei handelt es sich um keine Spekulation. Dieser Wandel ist bereits voll im Gange.“ (91) Und er unterstreicht: „Der entscheidende Punkt ist nicht, dass ein katastrophaler Klimawandel unmittelbar bevorsteht, sondern dass die Katastrophen unvermeidbar werden, wenn nicht bald etwas unternommen wird.“ (104)

Im zweiten Teil des Buches zeigt Ian Angus mit sehr gewinnbringend zu lesenden Darstellungen der Nutzung von Kohle, Erdöl und Gas in den unterschiedlichen historischen Stadien des Kapitalismus, dass die Intensivierung der Kapitalakkumulation nur durch eine verstärkte Nutzung fossiler Energieträger möglich war. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rolle des militärisch-industriellen Komplexes mit dessen Verbrauchssteigerung fossiler Energieträger und der konfliktiven Sicherung der Ressourcen für die

Industrienationen. So wird deutlich: „Fossile Brennstoffe sind nichts, das dem Kapitalismus hinzugefügt wurde und dementsprechend einfach abgestreift werden könnte, ohne das System zu beschädigen. Sie sind Teil eines jeden Aspekts des Systems.“ (174)

Angus zeigt zum einen, dass in den hoch technisierten kapitalistischen Staaten die Ursachen des Klimawandels liegen, zugleich aber auch, dass die tödlichen Konsequenzen in den Ländern des globalen Südens am stärksten sind: „Der fossile Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist nicht nur gekennzeichnet von Ungleichheit – das war immer schon ein Merkmal von Klassengesellschaften – sondern von extremer Ungleichheit, eine beispiellose Anhäufung von Reichtümern in den Händen einiger weniger, gekoppelt mit Massenarmut, die mit allen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mitteln, die den extrem Reichen zur Verfügung stehen, durchgesetzt wird.“ (176)

Als Ausweg daraus geht es im dritten Teil des Buches um die zu erkämpfenden notwendigen Alternativen: Wir müssen „an einem sofortigen Wandel arbeiten und gleichzeitig die Vision einer Welt weiterentwickeln, die wir aufbauen wollen.“ (196)

Es ist eine leidenschaftliche und zugleich ungeduldige Anstiftung dazu, eine Kultur aufzubauen, die das Gegenteil des Kapitalismus sein muss, d.h. die nicht im Bestehenden durch Greenwashing entsteht. Vielmehr geht es Ian Angus mit der Idee eines von Sozialen Bewegungen vorangebrachten Ökosozialismus um einen revolu-

micha.links

Rundbrief der
BAG LINKE
Christ*innen

tionären Wandel, „innerhalb dessen das Wachstum begrenzt und Bedürfnisse verändert werden durch eine grundsätzliche Verlagerung weg von quantitativen und hin zu qualitativen ökonomischen Kriterien, mit einer Schwerpunktsetzung auf den Gebrauchswert anstelle des Tauschwertes“ (204) und die Möglichkeit zur freien Entwicklung aller.

Das so zum politischen Handeln motivierende Buch ist verständlich und zugleich wissenschaftlich fundiert geschrieben und eine aufrüttelnde Einführung in die drängende Frage nach einer lebenswerten Zukunft für alle.

Im Angesicht des Anthropozäns. Klima und Gesellschaft in der Krise, Ian Angus, [UNRAST Verlag](#), 260 Seiten 18,00 Euro, Erschienen: 2020

Aus dem Englischen von Christof Mackinger, mit einem Vorwort von Christian Zeller

Angaben des Verlages zum Autor:

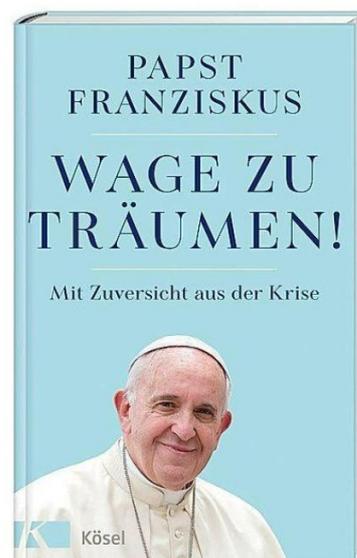
Ian Angus ist ein kanadischer Ökosozialist. Er hat neben mehreren Artikeln in Climate and Capitalism und zahlreichen Beiträgen für Monthly Review und andere Zeitschriften drei Bücher verfasst. Er gründete und leitete das Socialist History Project und war Mitbegründer des Ecosocialist International Network; 2008 war er Mitverfasser der Belem Ecosocialist Declaration.

Ein päpstliches Plädoyer zur Überwindung einer kranken Ökonomie des Todes

Franz Segbers

Der Titel des neuen Buches von Papst Franziskus klingt irgendwie nett und harmlos: "Wage zu träumen. Mit Zuversicht aus der Krise" (Kösel-Verlag 2020). Doch der Inhalt ist es keineswegs. Entstanden ist das Buch aus Telefongesprächen, die der englischen Journalist Ivereigh während des Lockdowns in der Coronakrise mit dem Papst führte. Für den Papst ist die Coronakrise nicht zu denken ohne die Krise, die eine Normalität im Kapitalismus ist. Nicht erst durch Corona, sondern schon lange zuvor ist diese Welt krank. Doch in einer kranken Welt kann man nicht gesund bleiben. "Die Menschheit wird immer kränker, zusammen mit unserem gemeinsamen Haus, mit unserer Umwelt, mit der Schöpfung." Die päpstliche Grundbotschaft, die der Papst schon an den Beginn seines Pontifikats gestellt hatte, lautet: "Diese Wirtschaft tötet." In seiner Sozialenzyklika "Fratelli tutti" kritisiert er eine Wirtschaftsordnung, die Menschen für die Privilegien anderer opfert. In seinem neuen Buch setzt der Papst Franziskus diese Analyse fort und fordert eine Welt- und Wirtschaftsordnung. "Wir können nicht einfach zu den falschen Sicherheiten des politischen und ökonomischen Systems vor der Krise zurückkehren."

Für den Papst ist die feministische Perspektive eine, die unsere Zeit braucht. Feministinnen seien aber vorgewarnt: Von Frauenpriesterweihe ist nicht die Rede. Doch erstaunt werden sie eine unerwartete päpstlich-feministische Perspektive zu lesen be-



kommen. Wenn der Papst von einer Option für die Armen her denkt und sieht, bekommt er die Frauen in den Blick. Sie tragen die Hauptlasten in der Bekämpfung der Coronakrise und arbeiten zudem noch in prekären Verhältnissen. Er nennt sie die

"Heiligen von nebenan". Und sie leisten aber Widerstand. Und deshalb reicht es nicht die systemrelevante Arbeit von Frauen zu würdigen. Deshalb darf es nicht bei der Wertschätzung der Care-Arbeit bleiben, sondern sie muss Teil einer Care-Ökonomie, wie sie feministische TheologInnen entworfen haben. Der Papst lädt zu einem tiefgreifenden Perspektiven- oder Paradigmenwechsel ein: weg von der (männlichen) Beherrschung und Verwertung und hin zu einem feministischen sorgsamem Umgang mit Menschen und der Schöpfung.

Dem systemischen Individualismus des Kapitalismus setzt er eine Ethik der Geschwisterlichkeit und Solidarität entgegen. Das hat Folgen: Für die Flüchtlingspolitik bedeutet dies "sichere Korridore für Migranten" zu schaffen; für die Verteilung bekommt die universelle Bestimmung der Güter für alle Vorrang; Arbeit darf keine Ware sein. Er zitiert Basilus von Cäsarea, der Geld "Mist des Teufels" nannte. Die Wirtschaft wird zu einem Götzendienst. "Die Würde unserer Völker verlangt nach einer Wirtschaft, die nicht nur die Akkumulation von Gütern schafft, sondern allen Zugang zu guter Arbeit, Wohnraum, Bildung und Gesundheit ermöglicht. Die KAB wird dies mit Freude wahrnehmen. Und wird Kardinal Marx aufhorchen müssen – lehnt er doch das Grundeinkommen als "Ende der Demokratie" vehement ab.

Der Papst fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen! Wie sonst wäre Arbeit für die

Arbeitslosen, Würde für die Entwürdigten und soziale Sicherheit für die im Elend verpflichtend herzustellen?

"Von den Rändern kommt die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Würde des Volkes." Das führt zu einer Platzanweisung. "Die Armen sind nicht Objekte unsrer guten Absichten, sondern die Subjekte des Wandels." Der Platz der Kirche ist in der Zivilgesellschaft. Sie ist der Träger der Veränderung: "In ihrer Mobilisierung für den Wandel, in ihrem Streben nach Würde, sehe ich eine Quelle moralischer Energie, einer Reserve staatsbürgerliche Leidenschaft, die in der Lage ist, unsere Demokratie neu zu beleben und die Wirtschaft neu auszurichten." Deshalb fordert der Papst auf zu einer Pastoral der Allianz: "Ich wünsche mir, dass die Kirche ihre Türen für diese Bewegungen weiter öffnen." Kirchliches Handeln besteht für den Papst nicht darin, das Volk zu organisieren – das sollen die säkularen Organisationen tun –, wohl aber darin, "diejenigen zu ermutigen, zu begleiten und zu unterstützen, welche diese Aufgabe übernehmen". Die Kirche soll nicht wie die Eliten etwas für das Volk tun! Denn: "Die Armen sind nicht Objekte unsrer guten Absichten, sondern die Subjekte des Wandels."

Das Buch mit dem nett-harmlosen Titel ist ein subversives Geschenk für alle, die um "linke" Literatur einen Bogen machen. Und für die anderen ist es die prophetische Mahnung eines realistischen Utopisten in Rom.

6. Aus den Lebenserinnerungen von Pfr. Willi Göttert (1911-2008)

Vorgelesen beim Holocaust-Gedenkgottesdienst 2021 in der Friedenskirche/Friedrichsseggen von Pfarrerin Antje Müller

Am 09.11. 1938 war ich in Bad Ems an der Lahn als „illegaler“ Vikar der Bekennenden Kirche tätig. Aus Hessen von der Gestapo ausgewiesen, durfte ich mir keine unbedachten Äußerungen erlauben, um den legalen Gemeindepfarrer, der mich trotz Warnung aufgenommen hatte und amtierend ließ, nicht zu gefährden. Bei jeder meiner Predigten saß, auch auswärts, ein Gestapo Beamter möglichst versteckt hinter einer

Säule und schrieb mit.

Am 9. Nov. brannte die Synagoge in der Römerstr. 65 in Bad Ems, die 1837 erbaut worden war. Ich sah den Feuerschein, aufgeregte Gemeindeglieder kamen ins Pfarrhaus und berichteten entsetzt wie die SA Trupps zunächst den amtierenden Bezirksrabbiner Dr. Fritz Elijahu Laupheimer unter Schlägen auf die Straße getrieben und entehrt hatten, indem sie ihm den Bart abschnitten.

Danach zerstörten sie die Einrichtung der Synagoge, entweihten die Kultgegenstände und zerrissen und verbrannten die Thorarollen. Es ist erschreckend, festzustellen zu was entfesselter Fanatismus fähig ist. Die Thorarollen enthalten die 5 Bücher Mose. Sie werden mit der Hand auf Pergament geschrieben. Reichverziert... waren diese Schriftrollen das Wertvollste, was die Gemeinde an materiellem und ideellen besaß. Die Thora, der Pentateuch, die 5 Bücher Mose sind Teile der hebräischen Bibel, die auch uns Christen heilig ist und die wir Altes Testament nennen. Auch Geschäfte der Juden und Einrichtungsgegenstände von Privathäusern wurden demoliert und zerstört. Die SA jagte die Juden über die Straße und schlug auf sie ein. Am Radio erfuhren wir dann, dass im ganzen Reichsgebiet der Pogrom lief....

Am darauffolgenden Sonntag, dem 11. November, hatten mein älterer Amtsbruder in der „Dorfkirche“ und ich in der Kaiser-Wilhelm Kirche zu predigen. Wir berieten, ob wir öffentlich in der Predigt etwas sagen müssten. Beide wussten wir, eigentlich sei es uns geboten, aber beide hatten wir Angst, weil die Folgen abzusehen waren. Mein Kollege entschied sich für das Schweigen, ich war unschlüssig, schrieb mir aber ein Sätzlein zum evtl. Gebrauch auf. Als ich am Sonntag zum Altar ging, sah ich den mir längst bekannten Gestapo Beamten auf der Empore sitzen, zusätzlich aber unten im Schiff einen hohen Polizeioffizier in Uniform. Das Herz fiel mir in die Schuhe, beim Gang auf die Kanzel brannten meine Notizen wie Feuer in meiner Talartasche. Mitten in der Predigt unterbrach ich und sagte laut: „Was vorgestern an unseren jüdischen Mitbürgern und ihrem Gotteshaus geschehen ist, das war Unrecht und Sünde gegen Gottes Gebot.“

Mein Sätzlein hatte sich wie ein Lauffeuer in der Stadt verbreitet. Ein etwa 12 jähriges Mädchen erkannte mich am Montag auf der Straße, kam quer über die Straße auf mich zugelaufen und spuckte mir mitten ins Gesicht. (Schon Kinder und Jugendliche waren damals fanatisiert und manipuliert durch den Führerkult). Täglich musste ich mich auf der Polizei melden. Jeder wusste, was das bedeutete: man beriet über meine Abholung ins KZ.

Aber neben diesen unschönen Folgen gab es auch schöne, sogar wunderbare. Da war die bekennende Gemeinde und der Pfarrer mit seiner Familie. Sie standen treu hinter mir.

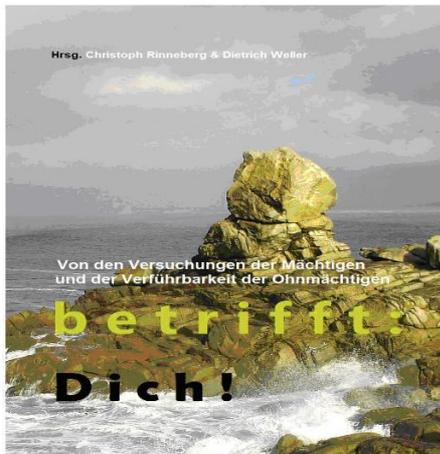
Fast an derselben Stelle, wo mich das Mädchen angespuckt hatte, ging der oberste SA Führer der Stadt... dicht an mir vorbei und flüsterte mir im Gehen zu: „Willi, ich habe dafür gesorgt, dass du nicht ins KZ kommst“. Es war mein Schulkamerad aus unserem nahegelegenen Heimatort Braubach. Was ihn zu dieser Fürsprache veranlasst, ob „Kameradschaft“ oder doch einige Skrupel, zumal ein Teil der Bevölkerung die SA heimlich als „Bande“ bezeichnete, weiß ich nicht.

Noch wundersamer war ein anderes Erlebnis. Am Sonntag nach dem Gottesdienst hatte sofort, wie erwartet, der uniformierte hohe Polizeioffizier vor der Sakristeitür gestanden. Ich war schon auf eine scharfe Auseinandersetzung gefasst. Er aber schloss die Sakristeitür hinter sich, nahm meine Hand und sagte: „Herr Pfarrer, wenn Sie in der Predigt nicht diesen Satz gesagt hätten, wäre ich heute noch aus meiner geliebten evangelischen Kirche ausgetreten.“ Er war vor einer Woche nach Bad Ems an die dortige Polizeischule als Chef versetzt worden und hatte tatenlos dem Verbrechen an den Juden zusehen müssen, was seinem Berufsethos mitten ins Gesicht schlug. Und er war am Sonntag darauf in die Kirche gegangen mit der Frage, ob denn am einzigen Ort, wo vielleicht noch ein Wort zu diesem ungeheuerlichen Unrecht an wehrlosen, unschuldigen Menschen zu erwarten war, ein solches Wort öffentlich gesagt würde. Wir wurden später beste Freunde.

<https://fruecht-friedrichsseggen-evangelisch.de/2021/01/24/online-gottesdienst-zum-holocaust-gedenktag/>

Willi Göttert wurde im März 1911 geboren. Nach der Schulzeit und dem Studium der Theologie war Göttert Vikar und wurde im Faschismus Mitglied der Bekennenden Kirche. In den Kriegsjahren von den Nationalsozialisten verfolgt engagierte er sich nach seinem Ruhestand in der Friedensbewegung.

"betrifft: Dich!"



Der Untertitel "**Von den Versuchungen der Mächtigen und der Verführbarkeit der Ohnmächtigen**" ist Werner Bergengruens in den Jahren 1929 bis 1934 entstandenem Roman "Der Großtyrann und das Gericht" entnommen.

Titel und Untertitel sind einerseits ein Appell an unsere Wachsamkeit gegenüber allen Maßnahmen "von außen", andererseits die Aufforderung, der "selbst verschuldeten Unmündigkeit" unsere lebenspraktische Widerständigkeit entgegen zu setzen. Dies illustriert auch das Titelbild: Der nach Jahrtausenden "Nagearbeit" übrig gebliebene Felsbrocken in Finistère – am "Ende der Welt" – ist ein Symbol für "weiches Wasser bricht den Stein" wie für die dem Material innewohnende Widerständigkeit.

Dipl.-Ing. Christoph Rinneberg –
christoph.rinneberg@t-online.de

Dr. med. Dietrich Weller –
weller.leonberg@t-online.de

Das total nicht-kommerziell erstellte Buch kann über die erstgenannte Adresse (Tel. 06154-2698) für € 4,50 plus Porto bestellt werden.

Kuno Füssel/ Michael Ramminger (Hg.):

Kapitalismus: Kult einer tödlichen Verschuldung. Walter Benjamins prophetisches Erbe

Neuerscheinung des Instituts für Theologie und Politik (ITP), Edition ITP-Kompass, Bd. 34,
Münster 2021 , 364 Seiten, 22,80 €

Walter Benjamins Fragment „Kapitalismus als Religion“ (verfasst 1921 vor hundert Jahren) wird in diesem internationalen Sammelband als Ausgangspunkt für eine aktuelle Diskussion um den gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus und die Möglichkeiten seiner Überwindung angesehen. Die hier anlässlich dieses Jubiläums versammelten Beiträge versuchen, den von Walter Benjamin mit seinem Text durch das komplexe Universum der kapitalistischen Moderne

geöffneten Bahnen zu folgen. Sie verknüpfen dabei Benjamins Thesen mit befreiungstheologischen Perspektiven und stellen davon ausgehend die Frage nach einer möglichen Form der Vergesellschaftung jenseits des Kapitalismus.

Mit **Beiträgen** u.a. von Michael Löwy, Franz Hinkelammert, Yung Mo Sung, Tomasz Koniecz, Ulrich Duchrow, Jörg Rieger.

Bestellbar unter: buecher@itpol.de

Herausgegeben von der BAG LINKE CHRIST*NNEN i.Gr.

Redaktionsteam: Tobias Foß, Martin F. Herndlhofer, Julia Lis, Jürgen Klute, Helge Mewes, Christoph Rinneberg, Franz Segbers

[1.3.2023] **V. i. S. d. P.:** Franz Segbers, mail@franz-segbers.de und Helge Meves, mail@helgemeves.de

Internet: eingestellt unter der Webadresse: <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschlusse/bag-linke-christinnen/michalinks/>